

Türkischer Präsident Gül kritisiert Diskriminierung von Christen

"Jeder türkische Staatsbürger soll in Zukunft unabhängig von der Religionszugehörigkeit gleiche Berufs- und Zugangschancen haben"

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül hat öffentlich die Diskriminierung von Christen durch die Behörden seines Landes angeprangert. Das sei eine "Schande", sagte Gül vor mitreisenden Journalisten während eines Besuches in Straßburg, berichtete die Zeitung "Milliyet" im Jänner. Gül reagierte demnach auf den Hinweis von Reportern, dass der türkische Verwaltungsgerichtshof die Einstellung eines armenischen Türken bei der für die EU-Bewerbung der Türkei zuständigen Behörde verhindert habe.

Bereits beim Besuch von Bundespräsident Christian Wulff im vergangenen Oktober hatte Gül

sich öffentlich dazu bekannt, auch der Präsident der nicht-muslimischen Türken zu sein. Jetzt sagte er den Journalisten laut Bericht, bald werde jeder türkische Staatsbürger unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit die gleichen Berufs- und Zugangschancen haben. Einzelheiten nannte er aber nicht.

Vertreter nicht-muslimischer Minderheiten beklagen seit langem, dass ihnen Laufbahnen im Staatsapparat verschlossen blieben. In der Türkei gibt es keine hochrangigen Politiker, Militärs oder Richter aus nicht-muslimischen Gruppen. Im Jänner hatte allerdings das türkische Außenministerium Angehörige von Minderheiten ermuntert, sich um Posten zu bewerben.

Straßburg, 27.01.11 (KAP)